

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 11 (1919)
Heft: 7

Artikel: Gewerkschaftliche Streitfragen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351025>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern
Telephon 3168 Postscheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration:
Unionsdruckerei Bern
Kapellenstrasse 6

INHALT:

	Seite		Seite
1. Gewerkschaftliche Streitfragen	55	6. Genossenschaftsbewegung	60
2. Der Friede	57	7. Notizen	61
3. Aus schweizerischen Verbänden	57	8. Schweizerische Volksfürsorge	61
4. Arbeiterrecht	59	9. Ausland	61
5. Sozialpolitik	59	10. Literatur	62

Gewerkschaftliche Streitfragen.

Die Extreme berühren sich. Auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung machen sich Tendenzen bemerkbar, die dahin zielen, die Gewerkschaftsbewegung zum Mittelpunkt der Gesamtbewegung im Sinne der Anwendung der Massenaktionen als alleiniges wirtschaftliches und politisches Kampfmittel zu machen; andererseits verkündet man im gleichen Lager auf allen Gassen, die Gewerkschaftsbewegung habe abgewirtschaftet. Man tut so, als gäbe es gar nichts Verdienstlicheres, als an ihrer Zertrümmerung zu arbeiten.

Trotzdem, es gab nie eine Zeit, zu der der Zustrom zu den Gewerkschaften ein so gewaltiger war wie gerade jetzt. Wer die Parteipresse und die Gewerkschaftspresse verfolgt, nimmt mit Erstaunen wahr, dass an Orten, wo man es vor dem Krieg nicht für möglich hielt, gewaltige Gewerkschaften aus dem Boden wachsen. Nicht nur das. Berufsorganisationen, die bisher als durchaus konservativ galten, wie die Pöstler, Kaufleute, Lehrer, ja sogar die Polizisten in den Städten, beginnen, sich mit der Frage des Anschlusses an den Gewerkschaftsbund vertraut zu machen.

Diese Tendenzen kennzeichnen die Stürme unserer Zeit, die in den Gewerkschaften ihren Niederschlag finden. Nach langem Schlaf ist das Proletariat in seinen breiteren Massen erwacht. Nachdem es zum Bewusstsein seiner unhaltbaren Lage im Wirtschaftsleben gelangt ist, versucht es mit aller Kraft, die Fesseln zu sprengen. Es überschätzt dabei leicht die eigene Kraft und unterschätzt die entgegenstehenden Hemmnisse. Es denkt weniger an den planmässigen Aufbau einer unüberwindlichen Organisation, weniger an die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Errichtung einer neuen Gesellschaftsform im Wege stehen, als an die Zertrümmerung der verhassten bestehenden Staatsordnung. In dieser Erscheinung zeigt sich ein grosser Mangel an Einsicht in die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse und in die psychologischen Vorbedingungen einer Umgestaltung.

Massenaktionen sind das Kampfmittel der politischen Umgestaltung. Durch Massenaktionen soll der Staatsorganismus zermürbt werden, wenn sich die Herrschenden den Forderungen einer stark organisierten Arbeiterschaft widersetzen. Dabei ist die Frage offen, ob dieses Mittel in einem demokratischen Staate als einziges gelten soll oder ob nicht vielmehr die Möglichkeit besteht, die politische Umgestaltung durch das Mittel der parlamentarischen Erneuerung mit dem unzweideutigen Willen einer Volksmehrheit durchzusetzen.

Der Verlauf der revolutionären Bewegung in Russland, in Deutschland, in Ungarn hat gezeigt, dass, wenn die Verhältnisse einen gewissen Reifegrad erreicht haben, die politische Neuorientierung ein verhältnismässig leichtes und unblutiges Spiel ist. Anders gestalten sich die Dinge auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

In Russland und Ungarn wird die Wirtschaft von argen Krisen erschüttert. Die Begründer der Sovietverfassung stellen fest, dass die Inbetriebsetzung der neuen Wirtschaft fast unmöglich ist infolge der Verschleuderung der Güter durch den Krieg, der darauffolgenden Desorganisation und der Unfähigkeit der Arbeiter, wirklich die Führung der Wirtschaft zu übernehmen, und nicht zuletzt in der geschwundenen Arbeitslust.

In Deutschland ist es noch nicht so weit. Die Sozialisierung wird wohl eifrig diskutiert, aber mit der Dauer der Diskussion zeigen sich immer mehr die gewaltigen Hindernisse, die der Verwirklichung der Probleme entgegenstehen. Damit, dass man an Stelle überlegten Abwägens die hitzige Tat setzt, ist nichts gewonnen. Was nützt es, wenn durch gewagte Experimente grosse Werte verlorengehen, ohne dass der Leidensweg des Proletariats auch nur im geringsten verkürzt wird? Was nützt es, einen Sozialismus zu haben, dessen Enderfolg der Staatsbankrott ist? Kein Massestreik wird es vermögen, dass wir schneller in den Sozialismus hineinkommen, wenn es uns nicht gelingt, eben diesen Sozialismus wirtschaftlich und geistig vorzubereiten.

Wer offen zusieht, dem kann es nicht entgehen, dass es an dieser Vorbereitung auch in der Schweiz noch sehr fehlt.

In den Versammlungen ist der Ton meist abgestellt auf das Aeusserliche. Wir stecken trotz der 50jährigen Schule des Marxismus immer noch im vulgären Heugabelrevolutionarismus. In der internationalen Politik begeistern wir uns für den ewigen Frieden. Wir fassen Resolutionen gegen die Machtpolitik der Grossmächte, wir verurteilen die Macht der brutalen Gewalt und besingen den gigantischen Kampf der Ideen. Daneben wollen wir « Gut und Blut » opfern für die Befreiung der Menschheit. Die Gewaltidee ist durch den Krieg offenbar zu einer Massensuggestion geworden, der unzählige Menschen verfallen sind und die auch in einem Teil der Presse ihren Niederschlag findet. Der geistige Klassenkampf verzerrt sich zum brutalen Klassenhass, der in seiner Wut alles niederwirft, was ihm im Wege steht. Dieser Klassenhass ist allerdings kein Privilegium der Arbeiterklasse. Er zeichnet weite Kreise des Bürgertums und der Bauern aus, die im Proletariat der Städte einen hinterlistigen Räuber sehen, der ihnen Hab und Gut rauben und sich auf diese Weise selber ein arbeitsloses Leben verschaffen will.

Im Zeitalter des Frühkapitalismus war es verständlich, wenn der Arbeiter Fabriken anzündete, Maschinen demolierte oder gar sich an seinem Peiniger tätlich vergriff. Der moderne Mensch braucht, um sich und seine Ideen durchzusetzen, andere Methoden.

Der Kampf der Gewerkschaften war seit Jahrzehnten ein Kampf um ein grösseres Stück Brot, der politische Kampf ein solcher um das Mitspracherecht im Staat. Daran hatte man sich gewöhnt. Im Drange der Revolutionsereignisse sieht man diesen « armseligen » Kampf als etwas Ueberlebtes an. Jetzt, so meint man, gibt es keine Diskussion mehr über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, noch viel weniger über das politische Mitspracherecht. Man spricht von der Sozialisierung, wie man von einem neuen Besen spricht und man spricht von der « Diktatur des Proletariats », als wäre das die selbstverständlichste Sache von der Welt. In beiden Fragen sind wir noch weit entfernt von Abklärung, noch weiter von der Verwirklichung.

Die Gewerkschaften werden noch innert der kapitalistischen Wirtschaft ein grosses Arbeitsgebiet zu beackern haben. Ob sie dabei als Berufsverbände oder als Massenverbände organisiert sind, ist keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. Desgleichen die, ob das Schwergewicht der Organisationen in den (jetzigen) Zentralverbänden oder in den Unionen liegen soll. Unserer Meinung nach haben die Berufs- oder meinetwegen auch Industrieverbände vor den etwa der Zeit der 1. Internationale nachgebildeten Organisationsformen den Vorteil der grösseren Geschlossenheit und Anpassungsfähigkeit. Wir geben gerne zu, dass es mit Hilfe einer allen Arbeitern und Angestellten gemeinsamen Zentralorganisation leichter möglich wäre, Massenaktionen auszulösen; aber ob nicht die fortgesetzten Massenaktionen in kurzer Zeit die Organisation total zerrütten würden, schon der allgemeinen Unsicherheit wegen, die in allen Kreisen eintreten müsste, das ist wohl kaum eine Frage.

Massenaktionen können nützlich sein als Sicherheitsventile oder Blitzableiter, sie können auch gewissen politischen Zwecken dienen, aber als legales wirtschaftliches Kampfmittel können sie kaum ernstlich in Betracht fallen. Es ist nicht zu bestreiten, dass sich unsere heutigen Organisationen für die Durchführung von Massenaktionen wenig eignen. Die Massenaktionen, mögen es lokale oder Landesaktionen sein, gehen von einem Zentrum aus, mit dem die Zentralleitungen der Verbände in der Regel nichts zu tun haben. Die Zentralen müssen sich den Direktiven dieser Aktionskomitees unterziehen. Das Bedenkliche ist aber, dass die Zentralverbände in den meisten Fällen für die finanziellen und moralischen Folgen von Aktionen aufzukommen haben (Streik- und Massregelungsunterstützungen, Prozesskosten und Mitgliederverluste), bei denen ihnen ein Mitspracherecht fehlte. Es wird so nicht ausbleiben, dass gewisse Sicherungen verlangt werden.

Eine Aenderung der Organisationsform den « Massenaktionen » zuliebe, wäre durchaus verkehrt, weil heute und wohl auch für die Zukunft die Massenaktionen die Ausnahme und die Kleinkämpfe die Regel bilden.

Im engen Zusammenhang damit steht die Frage, ob die Zentralvorstände oder die Arbeiterunionen die geeigneten Zentralkörperschaften sind zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Vor 20 Jahren waren die Unionen gezwungen, für die Finanzierung von in ihrem Rayon ausbrechenden Streiks den Bettelsack zu schwingen. Das änderte mit dem Erstarren der Verbände, die als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Aeufnung von Streikkassen betrachteten. Diese Funktion haben sie bis heute beibehalten, ja es sind die Fusionen von verwandten Verbänden, die heute noch im Vordergrund des Interesses stehen, wesentlich von dem Gesichtspunkt aus beurteilt worden, dass durch den Zu-

sammenschluss die finanzielle Leistungsfähigkeit bedeutend gestärkt wird.

Soll nun der Schwerpunkt der Bewegung in die Unionen verlegt werden, wozu da und dort Lust und Neigung besteht, so muss auch die Aufbringung der Unterstützungsgelder auf die Unionen übergehen. Es dürfte sich kaum irgendwo ein Zentralvorstand finden, der geneigt ist, sich von einer Union eine Suppe anrühren zu lassen und sie dann ohne Widerspruch auszulöffeln. Hat der Zentralvorstand einer Organisation zu einer Sache nichts mehr zu sagen, so kann man ihm weder eine Verantwortung noch eine Zahlungspflicht überbinden.

Es erhebt sich aber auch die Frage: Sind die Unionen in der Lage, die Aufgaben der bisherigen Zentralorganisationen zu übernehmen? Die Prüfung dieser Frage ergibt, dass grosse Städte, wie Zürich, Basel, Bern, für sich allein ganz respektable Verbände zu bilden in der Lage sind, dass sie es hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit aber kaum je mit einem grösseren Zentralverband aufnehmen könnten, weil gerade in der grösseren Stadt das Streikrisiko am stärksten ist. Die Kassen wären auch bei hohen Beiträgen ständig leer. Ein grosses Hemmnis wäre schon die Vielgestaltigkeit der vertretenen Berufe. Diese bietet sogar den grösseren Zentralverbänden bei Unterhandlungen immense Schwierigkeiten; wieviel mehr muss das erst der Fall sein, wenn es sich um viele Hunderte von Berufen handelt. Sehr ins Gewicht fällt ferner der Umstand, dass die meisten Berufe sich über das ganze Land erstrecken, die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen daher nicht eine lokale Angelegenheit sein kann. Gerade in letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass Landesverträge zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden. Wie soll sich denn eine lokale Union einem starken zentral organisierten Unternehmerverband, wie etwa dem der Metallindustriellen, gegenüber verhalten?

Ganz unhaltbar gestaltet sich die Lage aber bei den kleinen Unionen. Nach der letzten gewerkschaftlichen Statistik zählen wir in rund 300 Orten der Schweiz gewerkschaftliche Organisationen. Viele sind darunter, die nur einige Dutzend Mitglieder zählen, eine grosse Zahl beherbergt bedeutende Industrien. Versetzen wir uns nun in den Fall, die Zentralvorstände hätten ihre Funktionen den Unionen übertragen. Die Arbeiter wären jeder Willkür der Unternehmer ausgeliefert. In vielen Fällen wäre nicht einmal eine unabhängige Person zur Stelle, die sich der Arbeiterinteressen annehmen könnte. Eine solche Organisation wäre sofort erledigt.

Es darf also wohl gesagt werden, dass wenn in einzelnen Unionen versucht wird, der Tätigkeit der Zentralverbände in den Arm zu fallen, dies der Ausfluss kurzzeitigen Egoismus ist, der in seinen Auswirkungen die gesamte Bewegung auf das schwerste gefährdet. Die Arbeiterschaft der grossen Städte kann ohne die Mitwirkung der Arbeiterschaft in den ländlichen Industriegegenden keine dauernden Erfolge erzielen, ja sie braucht sie geradezu zur Steigerung der materiellen und moralischen Kräfte.

Auch vom Standpunkt der zukünftigen Entwicklung aus kann das wahllose Zusammenschweissen der verschiedensten Arbeiterkategorien in eine Organisation nicht befürwortet werden. Wir leben nicht in der geschlossenen Wirtschaft, in der jede Stadt nur für ihre eigenen Bedürfnisse sorgt, sondern im Zeitalter des Weltverkehrs. Die Schweiz verfügt über grosse Exportindustrien. Tausende von Arbeitern sind, weit im Lande zerstreut, für den gleichen Produktionszweig tätig und haben annähernd dieselben Interessen. Ist es richtig, dass die wichtigste Zukunftsfrage das Sozialisierungsproblem ist, so ist auch klar, dass die Lösung der der Verwirklichung entgegenstehenden Hindernisse nur durch eine sich über

das ganze Land erstreckende Organisation erfolgen kann, als deren Träger die heutigen Gewerkschaftsverbände betrachtet werden müssen. Die Sozialisierung will ja eine Konzentration der Kräfte in einheitlicher Leitung, verbunden mit einer Dezentralisation in der Durchführung. Wir klagen darüber, dass unrationell gearbeitet werde, weil die mangelhafte Organisation zu einer Vergeudung der vorhandenen Mittel führt und weil sich Instanzen mit Angelegenheiten befassen, von denen sie nichts verstehen. In genau den gleichen Fehler würden wir verfallen, wenn wir eine Organisation des Sammelsturms errichten würden, nur um dem Gedanken der Solidarität aller Arbeitenden möglichst drastischen Ausdruck zu verleihen.

Bei Organisationsfragen darf nicht das Gefühl, es muss der Verstand entscheiden. Eine vierzigjährige Praxis im Schweiz. Gewerkschaftsbund hat den Weg gewiesen. Allen Seitensprüngen zum Trotz hat sich die Idee der Zentralisation und der Berufs- respektive Industrieverbände durchgesetzt.

Die heutige soziale und wirtschaftliche Konstellation gibt uns kein Recht anzunehmen, dass die nächsten Jahre an uns andere organisatorische Anforderungen stellen werden. Wir werden im wesentlichen mit den bekannten gewerkschaftlichen Kampfmitteln entweder auf dem Wege der Unterhandlung oder durch Anwendung verschiedener Grade des gewerkschaftlichen Kampfes unsere wirtschaftlichen Forderungen durchzusetzen versuchen.

Daneben werden wir unser ganzes Augenmerk den neuen Sozialisierungsproblemen zuwenden und auch in den Gewerkschaften dafür sorgen müssen, dass man sich bei der Aufstellung von Forderungen an die Unternehmer daran erinnert, dass die neue Gesellschaft geistig und taktisch vorbereitet werden muss. Die erste Etappe dazu ist das Mitspracherecht der Arbeiter im Betrieb. Die Durchsetzung dieser Forderung kann nur eine Frage der Zeit sein, die um so rascher verwirklicht sein wird, je massenhafter die Arbeiterschaft sich den Gewerkschaften zuwendet.



Der Friede.

Als in den Augusttagen des Jahres 1914 die Welt sich in ein Krieglager verwandelte, hätte der schwärzeste Pessimist nicht geglaubt, dass die Katastrophe in fünfjähriger Wut sich austoben und einen Frieden bringen werde, der selber nichts anderes als ein latenter Krieg ist.

Denken wir an die Berge von Papier, die nötig waren, um der Menschheit die Erhabenheit der Kriegsziele plausibel zu machen. Denken wir daran, dass nach den Worten der Kriegführenden dieser Krieg, in dem viele Millionen Menschen gestorben sind und der die Kultur des 20. Jahrhunderts nahezu an den Abgrund gebracht hat, dazu berufen war, den Krieg überhaupt zu töten, und vergleichen wir damit das Ende.

Für uns ist es müßig zu fragen: Wer ist schuld, wer hat zuerst angefangen? Denn wir wissen zu genau, dass die inneren Triebkräfte zum Krieg überall vorhanden waren und jeder Sieger seinen Sieg bis zur brutalen Vergewaltigung des Gegners gesteigert hätte. Dessen waren sich letzten Endes auch die Kämpfenden bewusst, darum haben sie ihre Kraftanstrengungen fast bis zur Selbstvernichtung gesteigert.

Wenn den Unterlegenen heute «Friedensbedingungen» auferlegt werden, die sie wirtschaftlich kaum zu erfüllen vermögen, wenn Völker verschachert werden wie ehemals zu Zeiten des absolutistischen Regiments, wenn man die Unterschrift unter Dokumente erzwingt, in denen der Unterzeichnende sich ehrlos macht, dann ist das alles andere als eine hoffnungsfrohe Einleitung zu einer Ära des Friedens und der Freundschaft der Völker.

Aber auch die Sieger haben nichts zu lachen. Auch bei ihnen türmen sich Berge von Leichen, auch sie müssen Millionen von Krüppeln, Witwen und Waisen unterstützen, auch bei ihnen sind das Wirtschaftsleben und die Finanzen völlig zerrüttet. Es wird ihnen wenig helfen, wenn sie sich am geschlagenen Gegner schadloß halten wollen, und sie werden sich mit den Annexionen von widerstrebenden, des Selbstbestimmungsrechts beraubten Völkern den Magen gründlich überladen.

Der Friede kehrt wieder. Aber nicht, wie die Pazifisten geträumt, mit Glockengeläute und Völkerverbrüderung, sondern mit lärmendem Getue, das das schlechte Gewissen übertönen soll auf der einen und mit verzweiflungsvoller Wut auf der andern Seite.

Der Friede, der so erzwungen wurde, ist nichts anderes als ein Fetzen Papier, den die brutalisierten Völker bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zerreißen werden.

Eine Hoffnung bleibt. Der Friede ist kein Friede der Völker, sondern ein solcher der Machthaber. Wie der Krieg selber mit den Ueberresten des mittelalterlichen Feudalismus aufgeräumt und das Erwachen des Proletariats beschleunigt hat, so wird der Gewaltfriede die Arbeiter versöhnen mit dem, was während des Krieges gesündigt wurde. Die gemeinsame Not, von der alle betroffen werden, wird sie zusammenführen und ihnen den Weg weisen zur Freiheit und zum wahren Völkerbund.

Es bricht eine neue Zeit an. Der Kapitalismus wird sich von dem Schlag, den ihm der Krieg durch die ungeheure Verschwendung aller Güter und die dadurch bewirkte Verschuldung versetzt hat, nie wieder erholen. Die Völker müssen, ob sie wollen oder nicht, die Profitwirtschaft ausschalten und die Gemeinwirtschaft an deren Stelle setzen. Die Riesenvermögen der Kapitalisten werden für die Stabilisierung der Volkswirtschaft herangezogen werden müssen. Die Organisation der Produktion und des Verbrauchs muss auf äusserste Sparsamkeit eingestellt werden, um die Völker aus der Bankrottwirtschaft des Krieges herauszuführen.

Stellt der Krieg die höchste Machtentfaltung des Kapitalismus dar, so kann er diese doch nicht mehr überbieten. Er hat sich selber die Lebensmöglichkeit genommen und muss nach einer Zeit beispiellosen Aufschwungs dem Sozialismus weichen.

Die Gewissheit dieser Lösung kann auch uns mit den Leiden der letzten fünf Kriegsjahre und mit dem Kriegsende versöhnen. Wenden wir uns ab von dem, was hinter uns liegt und richten wir unsern Blick nach vorwärts, den Aufgaben der neuen Zeit entgegen.



Aus schweizerischen Verbänden.

Arbeitszeit im Bäcker- und Konditorengewerbe.

Am 20. Mai fanden Unterhandlungen zwischen den Vertretern der Organisation der Arbeiterschaft und der Meister statt. Ueber die Frage der Nacht- und Sonntagsarbeit konnte nach langen Unterhandlungen eine Einigung erzielt werden. In bezug auf die 48stundenwoche dagegen nicht. Die Meister hielten mit aller Zähigkeit an der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 Stunden fest. Die eidgenössische Einigungskommission hat nun den Parteien folgenden Einigungsvorschlag unterbreitet:

Vorschlag der eidgenössischen Einigungskommission vom 20. Mai 1919.

1. Arbeitszeit:

- a. In Betrieben mit vier Arbeitern oder Lehrlingen und mehr 54 Stunden und ab 1. Oktober 1919 48 Stunden.